



Berlin, 30.06.2017

Persönliche Erklärung

Zum Gesetzentwurf zur Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts

Dem Gesetzentwurf zur Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts habe ich nicht zugestimmt.

Für mich ist "die Ehe" als christliches Sakrament und als grundgesetzlich besonders geschützte Institution unseres Staates einzig die Verbindung zwischen Mann und Frau und kann also in diesem Sinne nicht für homosexuelle Paare offen stehen.

Davon völlig unbenommen, ist für mich die umfassende rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Paaren als Fürsorgegemeinschaften eine juristische und moralische Selbstverständlichkeit. Die zahlreichen Angleichungen der letzten drei Jahre im Erbrecht, Steuerrecht, Beamtenrecht und vielen weiteren Punkten begrüße ich; selbiges gilt für die Rehabilitierung Homosexueller nach Abschaffung des § 175 StGB.

Unabhängig von der Befürwortung oder - in meinem Fall - Ablehnung der Ehe für Homosexuelle halte ich den Begriff der "Ehe für alle" für hoch problematisch. Denn er leistet potentiell neuen Forderungen Vorschub, zum Beispiel im Bereich der Polyamorie/Polygamie oder der Ehe mit Minderjährigen, die mit einem freiheitlichen Rechtssystem nichts zu tun haben. Nicht umsonst fordern wir als Union angesichts der erschreckend hohen Zahl von Ehen mit Minderjährigen (die häufig zugleich Zwangsehen sind) bei muslimischen Flüchtlingen, dass Eheschließungen in Deutschland nur für Volljährige möglich und bestehende Ehen mit Minderjährigen automatisch nichtig sein sollen.

Insgesamt würde ich mir sowohl im parlamentarischen Verfahren als auch in der gesellschaftlichen und medialen Debatte zum Thema "Ehe für alle" wünschen, dass die (selbst ernannten) Verfechter von Toleranz, Modernität und Weltoffenheit ebendiese Toleranz auch einmal den Menschen gegenüber praktizierten, die eine andere Ansicht als sie selbst vertreten. Wenn wir zulassen, dass unterschiedliche Überzeugungen pauschal als Rückständigkeit oder mangelnde Einsicht abqualifiziert werden, untergraben wir damit jede demokratische Debattenkultur und stärken schlimmstenfalls genau die Parteien und Gruppierungen, die tatsächlich gegen unsere freiheitliche Grundordnung arbeiten.

Ursula Groden-Kranich MdB